Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 77.

4. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 12. April, 1911. | No. 24.

An unsere Leser.

Unseren werten Lesern und Geschäftsfreunden machen wir hierdurch Mitteilung davon, daß am 7. ds. Mts. Herr Johannes Hensen die Redaktion und Geschäftsleitung unserer Zeitung niedergelegt und seine Verbindung mit unserem Unternehmen gelöst hat, und daß vom gleichen Tage an Herr Paul Eisenhardt, ehemals von Balgonie, Sask., als Redakteur und Manager in den Saskatchewan Courier eingetreten ist.

Bei der Plötzlichkeit dieses Wechsels in der Schriftleitung und Geschäftsführung wird es leider kaum zu vermeiden sein, daß kleine Unebenheiten in Kauf und vielleicht den allernächsten Ausgaben unseres Blattes unterlaufen, und wir bitten alle unsere zahlreichen Freunde, den Umständen Rechnung zu tragen, und solche etwaige Mißstände gütigst übersehen zu wollen.

Der „Courier" wird nach wie vor bemüht und, wie wir überzeugt sind, auch fähig sein, für die Interessen unserer deutschen Landsleute einzutreten, und werden wir auch ferner nach bestem Wissen und Gewissen die Prinzipien verfechten, deren Aufrechterhaltung der „Courier" sich seit seinem Entstehen zum Ziel gesetzt hat. Wir richten daher an alle unsere Freunde das Ersuchen, der neuen Schriftleitung in altgewohnter Weise ihr Vertrauen und Wohlwollen zu schenken, und dieselbe durch Mitteilung von Nachrichten, Korrespondenzen und Anzeigen in ihrem Werke zu unterstützen.

Herrn J. Hensen, über dessen zukünftige Pläne wir bisher nichts Näheres erfahren haben, folgen die besten Wünsche des „Courier" für stetes Wohlergehen und besten Erfolg in seinen ferneren Unternehmungen.

Der Gegenseitigkeits-Vertrag

zwischen Canada und den Ver. Staaten.

Am 5. April hat Präsident Taft dem Senat und Repräsentantenhause seine Botschaft betreffend den Gegenseitigkeits-Vertrag mit Canada übersandt, in welcher er erklärt, er begründe seine Botschaft auf die öffentliche Meinung und auf seine Pflicht gegenüber der großen Masse des amerikanischen Volkes. Er habe von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und den 62. Kongreß zu außerordentlicher Tagung einberufen, da der Fortgang dieser wichtigen Verhandlungen nicht bis zu der regulären Kongreßsitzung im Dezember zurückgestellt werden dürfe. Er habe mit Genugtuung wahrgenommen, daß die breiten Bevölkerungsschichten der Ver. Staaten eine Maßregel mit Freuden begrüßt habe, die den Handel auf beiden Seiten der Grenze vermehren, die Hilfsquellen Canadas seinen Landsleuten erschließen, und zugleich den Ueberschuß der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse der Staaten ein erweitertes Absatzgebiet schaffen werde. Zum Schluß ersucht er den Kongreß um eine baldige Entscheidung über den Vertrag.

Auch in den Verhandlungen unseres canadischen Parlaments in Ottawa bildet jetzt der Gegenseitigkeits-Vertrag den Hauptgegenstand der Tagesordnung, doch werden leider die Debatten durch allerlei Winkelzüge und Seitensprünge der Opposition ungebührend in die Länge gezogen. Es ist augenscheinlich, daß die Vertreter der Opposition zur Einsicht gekommen sind, daß jener Widerstand gegen diese Maßregel von der großen Mehrheit ihrer Wähler nicht gutgeheißen wird, und suchen sie nun mit allerlei Forderungen um weiteres Aktenmaterial und durch Klagen über ungerechtfertigte Bevorzugung des Westens die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Hauptfrage abzulenken und sich einen allmählichen Rückzug zu decken.

Die Herren Reid (Grenville) und Gordon (Nipissing) beklagten sich, daß alles, wonach die Regierung dächte und trachte, sei, wie sie dem Westen alle guten Dinge zukommen lassen können, und beklagte sich letzterer namentlich über die Bevorzugung des Westens in Bezug auf die Einwanderungs-Politik.

In Antwort darauf deutete der Minister des Innern darauf hin, daß allen Teilen des Dominiums die Tätigkeit seines Departements zu Gute komme, daß aber die baldmöglichste Besiedelung des Westens mit guten Ansiedlern und die Entwicklung des Westens der Punkt sei, dem sie in erster Linie ihre Aufmerksamkeit lenken müßten.

Großes Aufsehen und Bestürzung in den Reihen der Opposition rief der konservative Abgeordnete für Dundas, Ont., Herr Andrew Broder dadurch hervor, daß er erklärte, es sei nichts hinter all dem Geschwätz über drohende Annexion und über Abnahme der Loyalität gegen das Mutterland, und daß er die persönlichen Angriffe gegen die Minister Fielding und Paterson verdamme.

In einer späteren Sitzung traten die Herren Dr. Cash (Mackenzie, Sask.) und A. B. Hunt (Quebec) stark für den Vertrag ein und legten klar, worin gerade der Einfluß des Vertrages auf die ackerbauende Bevölkerung sie bewege, voll und ganz für denselben einzutreten. Namentlich Dr. Cash, der auf Grund seiner fünfundzwanzigjährigen Erfahrung als praktischer Farmer im Westen sprach, gab unwiderlegliche Beweise in Zahlen und statistischen Angaben dafür, daß der Abschluß des Vertrages dem Prärie Farmer sofort unverkennlichen Nutzen bringen werde; er führte vergleichende Preis-Notizen von beiden Seiten der Grenze an, welche darlegten, daß Weizen-Preise unter dem bestehenden Zoll-System durchschnittlich 10½ per Cent höher seien auf der amerikanischen als auf der canadischen Seite, und ging scharf vor gegen die östlichen Kapitalisten und Fabrikanten, die aus rein persönlichen Interessen versuchten, durch hohe Schutzzölle ihrem eigenen Nutzen zu dienen.

Die Sprecher der Gegenpartei, die Herren Glen Campbell (Dauphin) und Clarence Jameson (Digby, N.S.) brachten anfangs eines scharfen Angriffes nur eine haldherzige Entschuldigung vor, weswegen sie selbst gegen den Vertrag seien. Auf eine Anfrage des Herrn Knowles (Moose Jaw) gab Glen Campbell zu, daß er zahlreiche Petitionen von Farmern in seinem Wahlkreis erhalten habe, die ihn aufforderten, für die Regierungs-Vorlage zu stimmen, aber — so meinte Herr Campbell — diese seien Anhänger der Grain Growers Association, und letztere sei in den Händen von zwei „in der Wolle gefärbten Grits", der Herren Mckenzie und Henders. Er entschuldigte seine Opposition damit, daß die Regierungs-Maßregeln ihm nicht weit genug gehen.

Ob seine Haltung in dieser Frage dem Herrn Campbell den Dank seiner zum größten Teil aus Farmern bestehenden Wähler eintragen wird, überlassen wir unseren Lesern zur Beantwortung.

Streik-Unruhen in Prince Rupert.

Am 6. April brachen unter den streikenden Wege-Arbeitern in Prince Rupert, B. C., ernstliche Ruhestörungen aus, welche für einige Zeit die Stadt in Schrecken und Aufruhr versetzten, und die auch leider zu einer Reihe mehr oder weniger schwerer Verletzungen führten. Die Streiker unter der Führung eines Norwegers namens A. O. Morse, ungefähr 1200 an der Zahl und meist aus Italienern, Montenegrinern und Slaven bestehend, waren durch die Einstellung von Streikbrechern und durch die aufhetzenden Reden ihrer Rädelsführer in solchem Grade aufgeregt, daß sie, mit Revolvern und Gewehren bewaffnet, nach den Arbeitsstätten der verschiedenen Unternehmer zogen und die Arbeiter, welche sie dort beschäftigt fanden, aufforderten, die Arbeit niederzulegen. Auf der Arbeitsstätte der Kontraktoren McInnes & Kelly verweigerten die dortigen Angestellten, diesem Verlangen nachzukommen, und die Polizei, welche den Besuch der Ausständigen vorausgesehen und den Arbeitsplatz mit einer Umzäunung umgeben hatte, erklärte, daß jeder Streiker, welcher die Barriere überschreite, verhaftet werden würde. Die Ausständigen begannen nun von ihren Waffen Gebrauch zu machen, und es entwickelte sich eine regelrechte Fusillade, die von Seiten der Polizei und der Kontraktoren erwidert wurde. Kugeln und Felsstücke flogen durch die Luft, und bald langte Verstärkung von seiten der Bürger der Stadt an, die sich, trotzdem sie bis dahin den Forderungen der Streiker meist sympathisch gegenüber gestanden, nun in hellen Scharen zu besonderen Constablern einschwören und bewaffnen ließen. Drei Verwundete, darunter einer, ein Ausständiger, anscheinend in hoffnungslosem Zustande, wurden vom Platze getragen, und bald gelang es der Polizei und ihren Helfern der „Schlacht bei Kelly's Exit", wie der Zusammenstoß genannt wurde, ein Ende zu machen und eine große Anzahl der Rädelsführer zu verhaften. Die Verhafteten sind fast ausschließlich Ausländer, und sollen diese, wie es heißt, nach Verbüßung ihrer Strafe ausgewiesen werden.

Die Ruhe ist zur Zeit wieder hergestellt, doch werden die Straßen noch von bewaffneten Patrouillen durchzogen, um eine Wiederholung der Unruhen zu vermeiden.

---

drohende Annexion und über Abnahme der Loyalität gegen das Mutterland, und daß er die persönlichen Angriffe gegen die Minister Fielding und Paterson verdamme.

In einer späteren Sitzung traten die Herren Dr. Cash (Mackenzie, Sask.) und A. B. Hunt (Quebec) stark für den Vertrag ein und legten klar, worin gerade der Einfluß des Vertrages auf die ackerbauende Bevölkerung sie bewege, voll und ganz für denselben einzutreten. Namentlich Dr. Cash, der auf Grund seiner fünfundzwanzigjährigen Erfahrung als praktischer Farmer im Westen sprach, gab unwiderlegliche Beweise in Zahlen und statistischen Angaben dafür, daß der Abschluß des Vertrages dem Prärie Farmer sofort unverkennlichen Nutzen bringen werde; er führte vergleichende Preis-Notizen von beiden Seiten der Grenze an, welche darlegten, daß Weizen-Preise unter dem bestehenden Zoll-System durchschnittlich 10½ per Cent höher seien auf der amerikanischen als auf der canadischen Seite, und ging scharf vor gegen die östlichen Kapitalisten und Fabrikanten, die aus rein persönlichen Interessen versuchten, durch hohe Schutzzölle ihrem eigenen Nutzen zu dienen.

Die Sprecher der Gegenpartei, die Herren Glen Campbell (Dauphin) und Clarence Jameson (Digby, N.S.) brachten anfangs eines scharfen Angriffes nur eine halbherzige Entschuldigung vor, weswegen sie selbst gegen den Vertrag seien. Auf eine Anfrage des Herrn Knowles (Moose Jaw) gab Glen Campbell zu, daß er zahlreiche Petitionen von Farmern in seinem Wahlkreis erhalten habe, die ihn aufforderten, für die Regierungs-Vorlage zu stimmen, aber — so meinte Herr Campbell — diese seien Anhänger der Grain Growers Association, und letztere sei in den Händen von zwei „in der Wolle gefärbten Grits", der Herren Mckenzie und Henders. Er entschuldigte seine Opposition damit, daß die Regierungs-Maßregeln ihm nicht weit genug gehen.

Ob seine Haltung in dieser Frage dem Herrn Campbell den Dank seiner zum größten Teil aus Farmern bestehenden Wähler eintragen wird, überlassen wir unseren Lesern zur Beantwortung.

Passions-Spiel in Regina.

Am Mittwoch den 5. April wurde im Auditorium der City Hall in Regina vom Deutschen Katholischen Männerverein das den Leidensgang des Heilandes darstellende Passions-Spiel in der in Oberammergau gebräuchlichen Form vor einem bis zum letzten Platz dicht besetzten, mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschenden Auditorium vorgeführt. Leider waren wir, durch den gerade um diese Zeit erfolgten Wechsel in unserer Redaktion verhindert, einen Vertreter bei dieser ersten Vorführung anwesend zu haben, werden aber nicht verfehlen, bei der am 13. ds. Mts. stattfindenden zweiten Aufführung dies Versäumnis nachzuholen und dann später ausführlich über die Vorführung und die Leistungen der einzelnen Darsteller zu berichten. In Kürze sei nur hier festgestellt, daß nach dem Urteil aller, mit denen wir über die Darstellung zu sprechen Gelegenheit hatten, die Erfolge sowohl der einzelnen Vertreter der Haupt-Charaktere als auch der der Massen weit über alles Erwartete hinaus gingen. Und wir können mit Genugtuung hinzufügen, daß der finanzielle Erfolg hinter dem künstlerischen nicht zurück stand, sodaß in jeder Hinsicht die unermüdliche Hingabe, mit der alle Beteiligten an dem Gelingen des Werkes gearbeitet haben, reichliche Frucht getragen hat.

Wir wollen hier nur in kurzen Zügen einige Andeutungen über die Entstehung und Entwicklung des Passions-Spieles, besonders in der jetzt über die ganze Welt berühmten Form der in Oberammergau alle zehn Jahre zur Aufführung gebrachten Fassung. Schon in den ersten Jahrhunderten nach Einführung des Christentums in Deutschland waren unter dem Namen „Mysterien" ähnliche Darstellungen aus dem Leben und Leiden Christi und andere Vorführungen religiösen Inhalts gebräuchlich, denn die Verbreiter der christlichen Lehre erkannten bald den erzieherischen und missionarischen Einfluß, welchen solche dem Auge sichtbare Auslegungen der Schrift auf das Gemüt der schlichten, ungebildeten Naturkinder, vor denen sie sich abspielten, hinterlassen mußten. Sparten dieser Mysterien-Spiele haben sich noch an vielen anderen Orten außer Oberammergau, meist in abgelegenen Gebirgstälern, erhalten, aber in fast allen anderen Fällen sind dieselben entweder durch sinnlose Zutaten im Laufe der Jahrhunderte zerrüttet und zerzerrt worden und haben ihren alten Charakter als Teile einer religiösen Handlung längst eingebüßt, oder sind zu einfachen Umzügen mit leicht theatralischer Ausschmückung herabgesunken.

In Oberammergau aber hat eine Reihe von Umständen, vielleicht nicht zum wenigsten die völlige Weltabgelegenheit des kleinen Städtchens, dazu beigetragen, aus das Passionsspiel in einer durch die Einfachheit seines Textes doppelt eindringlich wirkenden Form zu erhalten. Der im Jahre 1633 das Dorf, wie die ganzen deutschen Lande, heimsuchende „Schwarze Tod" raffte eine ungewöhnliche Zahl der Bewohner des Ortes dahin, und die Hinterbliebenen, welche hierin eine Visitation Gottes erblickten, gelobten, daß sie, wenn diese Plage von ihnen abgewendet werde, alle zehn Jahre zu Ehren des Herrn eine Darstellung des Leidensganges des Erlösers vorführen wollen. Diese Darstellung hat sich mit kurzer Unterbrechung während des achzehnten Jahrhunderts, bis auf den heutigen Tag erhalten, obgleich ihre Form, den Zeitansprüchen entsprechend, von Zeit zu Zeit Veränderungen unterzogen worden.

Gerüchte von der japanischen Kohlenstation energisch bestritten.

Das mexikanische Ministerium veröffentlichte am Samstag ein amtliches Dementi der Gerüchte, daß an der Küste der Magdalenen-Bucht amerikanisches Grundeigentum verkauft worden sei.

Das Dementi wurde durch Zeitungsartikel veranlaßt, in denen der frühere Gouverneur von Nebraska, Ezra P. Savage, erklärt haben soll, daß der Flores-Hale Grundbesitz an der Magdalenenbucht verkauft worden sei. Diese Nachricht wurde in den Zeitungen von Toronto, Mont., veröffentlicht, und es hieß zugleich, das fragliche Land sei an die japanische Regierung verhandelt worden, die dort eine Kohlenstation errichten wolle.

Das mexikanische Ministerium dementiert diese Nachricht ausdrücklich und fügt hinzu, daß ein solcher Verkauf gesetzlich ganz unmöglich sei, da nach den mexikanischen Gesetzen Land in der Küstenzone nicht an Ausländer verkauft werden könne.

Getreide-Bauern und Elevatoren Co. geeinigt.

Nach einer am 7. ds. Mts. im Kings Hotel in Regina abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Beamten der Grain Growers Grain Co. und der provisorischen Direktoren der Saskatchewan Co-Operative Elevator Co. wurde die folgende Kundgebung, welche von je zwei Beamten der beiden Gesellschaften unterzeichnet ist, der Presse zur Veröffentlichung übergeben:

„Die Bestrebungen der Grain Growers Grain Company und der Saskatchewan Co-operative Elevator Co. haben sich, nach einer eingehenden Besprechung, als vollkommen in Harmonie stehend gezeigt. Anstatt, wie von einigen Seiten vorzeitig befürchtet wurde, mit einander in Widerstreit zu treten, ist eine Basis des Zusammenwirkens in Vorschlag gebracht worden, welche jeden Verdacht einer Rivalität ausschließt, und diese wird ohne Zweifel angenommen werden, sobald die neue Gesellschaft endgültig organisiert ist."

T. A. Crerar, President.
N. E. Bammank, Director.
für die Grain Growers Grain Co.
J. B. Maharg, Provisorischer Direktor.
Chas. A. Dunning, Prov. Schriftführer.
für die Saskatchewan Co-operative Elevator Co.

Maderos Ultimatum.

F. I. Madero, der Führer der mexikanischen Revolution, veröffentlichte am Freitag eine Erklärung, die er als sein letztes Ultimatum in der Frage etwaiger Friedensverhandlungen bezeichnete. Er beharrt nach wie vor darauf, daß Präsident Diaz abzudanken habe, und neue Wahlen angeordnet werden müssen, erklärt sich aber bereit, bezüglich auf die provisorische Präsidentschaft, die ihm von seinen Anhängern vor einiger Zeit übertragen wurde, zu verzichten, und mitgenehmigt sogar einen provisorischen Präsidenten aus den Reihen des jetzigen mexikanischen Kabinetts anzuerkennen.

Madero erklärte weiterhin, es sei ihm bis jetzt noch von keiner Seite, auch nicht von seinem Vater, irgend ein Vorschlag zur Beilegung der Feindseligkeiten gemacht worden, und er denke auch nicht daran, dieselben einzustellen, um Verhandlungen einzuleiten.

Nachdem Madero Donnerstag allen in seinem Bereich stehenden Insurgenten-Abteilungen Befehl erteilt hatte, sich gewaltsam zu halten, ist jedermann zu sofortigem Abmarsch bereit, und im Lager herrscht die Ansicht vor, daß ein baldiger Angriff auf Chihuahua geplant ist. Guiseppe Garibaldi, ein Nachkomme des italienischen Freiheitsverfechters, der selbst in zahlreichen Revolutionen in Central-Amerika groß geworden, feierte am Freitag Abend von einer Rekognoszierung in der Nähe der Stadt zurück, deren Umgebung er gänzlich verlassen fand, da sich die Anwohner ausgewiesenermaßen in die Stadt geflüchtet haben.

Theodore Roosevelt kein Kandidat.

Theodore Roosevelt hielt am Sonnabend in Spokane, Wash., bei einem Luncheon eine Rede, in der er zum ersten Male Stellung nahm zu den Gerüchten, er werde wieder als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten.

„Ich bin kein Bewerber um irgend etwas, weil ich alles gehabt habe", sagte er. „Kein anderer lebender Mensch hat seine Erwartungen in solchem Maße erfüllt gesehen, wie ich, kein anderer hat — ich weiß nicht, ob ich diese Phrase in Gegenwart des Kaplans gebrauchen sollte — das Glück so a good run for his money."

Roosevelt sagte ferner, seine Kandidatur verfolge keinen anderen Zweck, als den, dem er bereits angedeutet habe, nämlich dem Volke zu danken, das ihn zum Präsidenten ermöglicht hatte. Wäre er wie nach dem Westen gekommen, so würde er wie sein Regiment hatte harmonisch können, und würde nie Präsident geworden sein. Dann fügte er hinzu:

„Die geistigen Dienste sind es, die in Betracht kommen, nicht der Name des Amtes, das ich bekleidet habe. Und Sie werden sich nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen über meine Meinung, wenn Sie meine Erklärung zu hinem vollen Werte annehmen. Sie haben nichts, das ich wünsche, ausgenommen Ihre Achtung und Ihren guten Willen, und ich wünsche nur an allen Bewegungen mitzuarbeiten zum Besten unseres gemeinsamen Landes."

Deutschlands Einfluß in den Balkanstaaten.

Ein wirklich interessantes Urteil aus dem Munde eines Sachverständigen über den deutschen Einfluß in den Balkanstaaten, speziell über denjenigen in der Türkei, bekam der Berichterstatter der „New Yorker Staats-Zeitung" zu hören, als der Norddeutsche Lloyddampfer „Kronprinz Wilhelm", Kapitän R. Rierich, von Bremen über Southampton und Cherbourg kommend, sich kurz nach 2 Uhr gestern Nachmittag am Dock in Hoboken seiner Menschenfracht entledigte.

Herr A. Barton Hepburn, Präsident der New Yorker Handelskammer und Vorsitzender des Direktorenrates der Chase Nationalbank, kehrte auf dem Bremer Ozeanwindhund in Begleitung seiner Gattin von einer längeren Europareise zurück, die sowohl zu geschäftlichen als zu Vergnügungszwecken unternommen wurde und welche den Präsidenten hauptsächlich in ersterer Hinsicht in die Balkanstaaten geführt hat. Ueber seine eigenen, kommerziellen Angelegenheiten war Herr Hepburn allerdings äußerst schweigsam, dagegen sprach er sich in umso offenerer Weise über den Einfluß aus, den Deutschland nach seiner Ansicht in jüngerer Zeit auf dem Balkan, richtiger gesagt in der Türkei, gewonnen hat.

„Es ist geradezu bewundernswert", sagte der Bankier im Laufe der Unterhaltung, „welchen Fortschritt Deutschland in kommerzieller Beziehung nicht allein, sondern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in den Balkanstaaten gemacht hat. Man scheint dort unten den Deutschen mehr Vertrauen als irgend einer anderen Nation seit den letzten paar Jahren entgegen zu bringen und einem unbefangenen Beobachter drängt sich unwillkürlich der Eindruck auf, als ob die sich am Regime befindliche jungtürkische Partei in zielbewußter Weise auf deutschen Einfluß stützt. Deutschland ist ohne Zweifel heutzutage in der Türkei allen anderen Nationen weit voraus und es hat den Anschein, als ob dieser Status sobald nicht sich ändern wird. Deutsches Kapital spielt auf dem Balkan bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Hauptrolle, deutsche Offiziere modernisieren die türkische Armee und deutsche Verwaltungs-Beamte helfen den staatlichen und municipalen Behörden den alttürkischen Schlendrian austreiben und ich muß sagen, mit anerkennenswertem Erfolg. Wenn das alte Wort vom Volk der Denker und Träumer heute noch Anwendung finden kann, so kann ich nur wünschen, daß die Amerikaner sich diese Träumer, was zielbewußtes Arbeiten anbetrifft, zum Muster nehmen, aber ich muß hinzufügen, daß ich da unten von deutscher Träumerei nichts habe wahrnehmen können. Meine Worte sind nicht etwa so aufzufassen, daß, seitdem deutscher Einfluß dort zur Vorherrschaft gelangte, sich die Türkei mit einem Male umgekrempelt habe: das nicht. Es liegt auch heute dort noch manches im Argen, woran das jungtürkische Regime bis jetzt nicht viel geändert hat, aber wenn der Besucher, der das Land von früher her kennt, einer wirklichen Reform auf den Grund geht, so darf er versichert sein, daß in neun aus zehn Fällen deutscher Einfluß dieselbe herbeigeführt hat."

Auf die griechischen Hoffnungen bezüglich Kreta's zu sprechen kommend, meinte Herr Hepburn, daß dieselben vergebliche seien; die Jungtürken würden niemals in eine Angliederung Kreta's an Griechenland willigen, besonders jetzt nicht, wo sie das Heft in den Händen und gezeigt hätten, daß sie sehr wohl im Stande seien, die nationale Sache zu vertreten. Herr Hepburn hat nach seiner Rückkehr vom Balkan Oesterreich-Ungarn bereist und betonte, daß auch die Länder der schwarz-gelben Monarchie auf ihn den Eindruck des allgemeinen Wohlstandes gemacht hätten.

Graf Zeppelin fuhr am Freitag früh um 8.25 in seinem neuen Lenkballon Deutschland mit einer Anzahl Passagiere von Friedrichshafen nach Stuttgart ab, um am Samstag König Wilhelm II. von Württemberg und Königin Charlotte bei Gelegenheit der Feier ihrer silbernen Hochzeit zu begrüßen. Von Stuttgart aus wird das Luftschiff nach Baden-Baden und Düsseldorf weiterfahren.

König Wilhelm II. ein großer Bewunderer der Luftschiffahrt. Im Juli des Jahres 1908 machten er und die Königin mit dem Grafen Zeppelin eine Fahrt über den Bodensee. Damit war zum ersten Male in der Geschichte ein regierendes Herrscherpaar im Ballon aufgestiegen.

Das Luftschiff „Deutschland" traf Freitag Nachmittag 3 Uhr in Stuttgart ein und führte eine Rundfahrt über dem königlichen Schloß aus, während Graf Zeppelin einen Fallschirm mit einem Bouquet fallen ließ. In einem Vorort der Hauptstadt landete der Ballon, und weitere Passagiere wurden aufgenommen.

Englische Stimmen über Schiedsgerichte.

Daß der von Deutschland aus auf die allgemeine Abrüstungs-Idee gerichtete Wasserstrahl die idealistischen Heißköpfe in England nicht abzukühlen vermocht hat, geht aus der großartigen Demonstration hervor, welche in Gestalt von neunhundert begeisterten Versammlungen, die am 1. und 2. ds. Mts. in allen größeren Städten Großbritanniens abgehalten wurden. Auch ein von Vertretern von vielen tausenden freier protestantischen Kirchen abgehaltenes Konzil hat den geplanten Schiedsgerichts-Vertrag mit Begeisterung begrüßt und, gleich den amerikanischen Kirchen, beschlossen, den 2. April als Schiedsgerichts-Sonntag zu begehen. Abschriften der Resolution sind dem Präsidenten Taft und dem britischen Staatssekretär des Aeußern, Sir Edward Grey, zugeschickt worden.

Die Meldung, daß die Unterhandlungen tatsächlich bereits begonnen haben, wurde auf diesen Versammlungen mit Begeisterung begrüßt. Arbitration bildete das Predigt-Thema in den meisten Kirchen, und im Waitefields-Tabernakel fand eine große Friedenskundgebung statt, bei der Lord Coleridge den Vorsitz führte und der Chef-Sekretär für Irland Augustin Birrell als Hauptredner auftrat. „Es giebt Gezeiten in der Menschheit Treiben", zitierte er aus Shakespeare und fuhr fort: „Es rollt heute eine starke Flut als Friedenswelle über den Atlantic. Wir wollen uns auf ihrer Höhe tragen lassen."

Herr Birrell beschäftigte sich des Längeren mit der Rede Dr. v. Bethmann-Hollwegs und meinte, wenn sie auch unter der Höhe des Gegenstandes stehe, so enthalte sie doch Stellen von Hoffnung.

Andererseits fehlt es aber auch in England nicht an Leuten, welche sich der idealistischen Schiedsgerichts-Idee gegenüber skeptisch ausdrücken, und ist es in dieser Hinsicht bemerkenswert, daß gerade in den Kreisen, welche in Fragen internationaler Beziehungen als Autoritäten gelten sollten, diese Zweifler an der Weltfriedens-Möglichkeit zu finden sind, und es ist bezeichnend, daß gerade aus diesen Kreisen Stimmen laut werden, die vor allzu großer Begeisterung warnen.

So hat Sir Oliver Lodge, ein Professor für internationales Recht an der Universität Birmingham, einen langen Artikel veröffentlicht, in welchem er zwar das Bestreben der Völker, ihre Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten durch Schiedsgerichte zu schlichten, als lobenswert bezeichnet, aber gleichzeitig die unumstößliche Tatsache feststellt, daß es stets gewisse Dinge geben werde, die keine Nation gewillt ist, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Er erläutert diese Behauptung durch verschiedene Beispiele, die auch dem gewöhnlichen Bürger einleuchten müssen.

Allerlei schwebende Streitfragen.

Der Professor erklärt, die Vereinigten Staaten würden ihre Monroe-Doktrin niemals einem Schiedsgericht unterbreiten und sollte irgend eine europäische Nation in Wahrung berechtigter Interessen sich in die Revolutionen süd- und mittelamerikanischer Republiken einmischen, oder gar Truppen landen und temporär Territorium besetzen, so würden die Ver. Staaten — Vertrag oder nicht Vertrag — jedenfalls energisch Protest erheben und gegebenenfalls auch bereit sein, ihre Monroe-Doktrin mit den Waffen zu verteidigen.

Umgekehrt würde auch Großbritannien trotz aller Schiedsgerichts-Verträge es auf einen Krieg ankommen lassen, sollte es den Ver. Staaten eines schönen Tages einfallen, Canada annektieren zu wollen, selbst wenn Letzteres zum Anschluß an die Ver. Staaten bereit wäre. Ebensowenig würde England einwerfenden sein, wenn irgend eine fremde Macht darauf dringen würde, daß den Irländern Home Rule gewährt werde. Oder wenn Frankreich verlangen würde, daß die ägyptische Frage einem Schiedsgericht unterbreitet würde. So giebt es zwischen den verschiedenen Nationen unendlich viele Fragen, die ein für allemal von einer schiedsgerichtlichen Frage ausgeschlossen bleiben müssen. Frankreich hat den Verlust von Elsaß-Lothringen heute nicht verschmerzt und Deutschland würde nie dann mit Frankreich einen Schiedsvertrag, der Aussicht auf Bestand hätte, abschließen können, wenn es die beiden Provinzen freiwillig herausgebe. Kann von Deutschland ein derartiges, mit Blut und Geld erkauftes Opfer verlangt werden?

Frankreich und die Schiedsgerichts-Verträge.

Die vom deutschen Kanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg am letzten Donnerstag im Reichstag gehaltene Rede wird von der französischen Presse in spaltenlangen Leitartikeln in allen Tonarten gepriesen. Mit Ausnahme der sozialistischen Organe bezeichnen die Zeitungen das entschlossene Auftreten des Kanzlers gegen die Abrüstungs- und Schiedsgerichts-Agitation als die „große Tat eines weisen, ehrlichen und praktischen Staatsmannes."

„Temps" schreibt: „Für England und die Vereinigten Staaten mag ein Schiedsgerichts-Vertrag von Nutzen sein, denn die beiden Mächte haben gemeinsame Interessen, die ihnen ein Bündnis wünschenswert erscheinen lassen. Und den Anfang zu einer Allianz wird der von ihnen projektierte Vertrag bilden, wie jedes in bestimmter Form getroffene Abkommen zwischen Ländern. Eine allgemeine, internationale Beschränkung der Rüstungen ist jedoch unmöglich."

Die „Liberte" beklagt, daß die Rede des Kanzlers nicht vor einer französischen Zuhörerschaft gehalten wurde und fügt hinzu: „Die Weltfriedens-Propaganda erzeugt nur Illusionen, Heuchelei und Falschheit."

„Le Siecle" sagt wörtlich: „Der deutsche Kanzler verdient für seine Rede den Dank Europas. Deutschlands Haltung dringt die Nationen, welche den Frieden wahrhaft zu sichern wünschen, enger zusammen."

Das ministerielle Organ „Petite Republique" erklärt: „Die Kanzlerrede zeigt die utopischen Ideen der Schwärmer, die auch Frankreich zur Abrüstung drängen möchten, im richtigen Lichte. Laßt uns den gesunden Menschenverstand, der von Deutschland kommt, wohl beherzigen."

Gruben-Unglück in Pennsylvanien.

Das Brandunglück in der Pancoast-Grube bei Throop, Pa., das sich am Freitag ereignete, scheint größer zu sein, als man zuerst annahm. Es hieß anfangs, daß nur fünfzig Menschen umgekommen seien. Bis Samstag-Mittag hatte man aber bereits siebzig Leichen geborgen, und es scheint, daß noch mindestens zwanzig in der Grube sind, sodaß die ganze Anzahl der Getöteten sich auf neunzig bis hundert belaufen wird.

Das Feuer, das im Maschinenhaus, 750 Fuß unter der Oberfläche, ausbrach, richtete in der Grube verhältnismäßig wenig Sachschaden an. Die Flammen gelangten garnicht bis zu den eingeschlossenen Bergleuten, und eine Inspektion der Leichen ergab, daß die Leute nicht verbrannt, sondern durch den Rauch erstickt waren. Keine einzige der Leichen, die auf einem Haufen aufgetürmt lagen, war in geringsten versümmelt.

Von den Toten sind bisher 44 identifiziert worden. Zahlreiche Bergleute sind Ausländer und nicht ihrem eigentlichen Namen nach bekannt. Oben auf der Liste der Toten steht Jos. E. Evans von West Scranton, der Vormann der Rettungsstation, der bei den Rettungsarbeiten infolge eines defekten Sauerstoffhelmes seinen Tod fand.

Die meisten der bisher identifizierten toten Bergleute waren verheiratet und hinterlassen Familien von drei bis sechs Kindern.

Die Rettungs-Mannschaften waren die ganze Nacht hindurch beschäftigt, die Leichen aus dem Schacht zu holen und sie in solchen Zustand zu bringen, daß sie identifiziert werden konnten. Noch vor Mitternacht waren 21 Leichen, darunter die von Evans, in einer improvisierten Morgue nahe der Grube aufgebahrt. Sobald eine Leiche identifiziert worden war, wurde sie in einen der bereitstehenden Wagen der Leichenbestatter gelegt und fortgeschafft.

Verhütung des Unglücks.

Unter den überlebenden Bergleuten herrscht Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob das Unglück hätte verhütet werden können oder nicht. Viele erklären, daß die in der Grube arbeitenden Leute sich hätten retten können, wenn sie sofort nach Entdeckung des Feuers benachrichtigt worden wären. Andere dagegen glauben, daß die tödlichen Gase sich so rasch verbreiteten, daß kein Entkommen mehr möglich war.

Der Zustand der Leichen zeigt, daß die Leute einen schweren Kampf um ihr Leben geführt hatten. Die meisten hatten ihre Gesichter tief in die Erde eingegraben, andere hatten ihre Röcke um den Kopf gewickelt, um das Eindringen der giftigen Grubengase zu verhindern.

Das Unglück ist das schlimmste in der Gegend der Anthrazit-Felder von Pennsylvanien.